Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 27. Januar 2015

Niederschrift
über die 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 21.01.2015
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:45 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Uwe Täschner	Bürgermeister GB I
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	
Herr Steffen Zenner	
Beratendes Mitglied	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	während/ab TOP 2.
Herr Uwe Geisler	
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	
Frau Carola Rohloff-Soares	

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	**Funktion**	
Frau Göbel	Fachbedienstete f. d. Finanzwesen	bis TOP 5.3.
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	bis TOP 5.3.
Frau Weimann	FG Personal/Org.	gesamte Sitzung

Frau Ott	FG Personal/Org.	bis TOP 3.

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	**Anwesenheitsgrund**
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Herr Räch	Freie Presse - öffentl. Teil
Frau Keller	Freie Presse - öffentl. Teil
Herr Leonhardt	Besucher - öffentl. Teil
1 Besucher	- öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.12.2014
1.3. Beantwortung von Anfragen
2. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2015/16
3. Information
Frauenförderplan für die Verwaltung der Stadt Plauen
Drucksachennummer *097/2014*
4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Herrn Uwe Täschner, Bürgermeister GB I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 5. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.12.2014

Bürgermeister Täschner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.12.2014 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

2. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2015/16

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, weist in ihren Ausführungen deutlich auf das strukturelle Defizit der Stadt hin. Hauptsächlich wurde bis 2008 Überschuss erzielt. Mit dem Jahr 2009 ist die Situation umgeschlagen, zum einen durch den krisenbedingten Einbruch der Steuereinnahmen und zum anderen den Verlust der Kreisfreiheit. Die Stadt nimmt Aufgaben wahr, für die wir als kreisangehörige Gemeinde kein Geld mehr bekommen. Als Beispiele führt sie u. a. den ÖPNV, die Kulturumlage und einiges im Sozialbereich an. Sie sieht keine andere Alternative, als die Erhöhung der Steuerhebesätze auf ein Niveau vergleichbarer Städte und das Ausgabenniveau (Zuschuss Theater) an das vergleichbarer Städte anzugleichen. Weiterhin verweist sie auf die rechtsaufsichtliche Genehmigung des Haushaltes 2014 mit der Auflage, dass die Stadt mit dem Haushalt 2015 Konsolidierungsmaßnahmen beschließen muss. Diese sind in der

Planung zum Großteil schon eingearbeitet. Da es nicht nur den Haushalt sondern auch Satzungen betrifft, wurde diese Vorlage als Vorschlag der Verwaltung erstellt. Zum Thema Personal merkt sie an, dass dazu schon umfangreich im Verwaltungsausschuss und Stadtrat vorgetragen wurde.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., hätte gern die prozentuale Einsparung zum Haushalt gewusst, wenn die Planstelle des 1. Bürgermeisters gestrichen wird.

Frau Weimann, FG Persona/Org., informiert, dass generell der Bürgermeister mit der Besoldungsgruppe B 3 in unserer Stadt eingestellt wird, der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters mit der B 4.

Bürgermeister Täschner bittet Frau Weimann, die Zahl konkret zu benennen.

Frau Weimann führt aus, dass man ohne Versorgungsumlage auf rd. 0,1 % des Verwaltungshaushaltes kommt.
Es handelt sich hierbei um jährlich 101 TEUR. Dazu kommen die Versorgungsumlagen an den Kommunalen Versorgungsverband in Höhe von 45 TEUR und rd. 3 TEUR Nebenkosten. Insgesamt 149 TEUR in der Besoldungsgruppe B 5.

Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass von den in der Presse genannten „sprudelnden Steuereinnahmen in Sachsen“ offensichtlich in Plauen nichts angekommen ist. Er fragt sich, um wie viel die Steuern noch angehoben werden sollen. Seine Fraktion hat konkrete Vorschläge eingereicht und bittet diese weiter zu verfolgen. Weiterhin fehlen nach seiner Auffassung im Haushalt die zu erwartende Kreisumlage und die Insolvenz des VFC Plauen. Er bittet um Nachbesserung. Ferner gibt es Fragen zur Kürzung der Kulturraumumlage. Eine Antwort zur Frage der Zusammenführung unsere städtischen Eigenbetriebe steht noch aus.
Den Paketbeschluss wird die Fraktion so nicht mittragen können.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, erkennt seit 2008 keine konkreten Maßnahmen einer möglichen Personalkostenreduzierung, z.B. Strukturmaßnahmen oder Aufzeigen der Personalentwicklung. Der Arbeitsgruppe (AG) Haushalt wurde zugearbeitet. Nun muss die Verwaltung Strukturmaßnahmen vorschlagen.
Durch die Fraktion wurden heute 2 Anträge bei der Verwaltung eingereicht, die Einsparungs- und Strukturvorschläge beinhalten zum Thema Wirtschaftsfördergesellschaft und die Erstellung eines Personalentwicklungs- und Organisationsgutachtens.
Er bittet um Vorlage der 34 bzw. 17 Stellen, die lt. Antrag der CDU-Fraktion in den nächsten 2 Jahren gestrichen werden sollen.
Stadtrat Zabel schlägt vor, im Zusammenhang mit dem Stellenplan nochmals über die Umwandlung der Stelle der Organisatorin der Freiwilligen Feuerwehr- und Jugendarbeit zu beraten, wie in der AG Haushalt vereinbart.

Zu den Ausführungen von Stadtrat Zabel merkt Frau Göbel an, dass in der AG Haushalt die Fraktionen um konkrete Vorschläge und Hinweise gebeten wurden. Weiterhin geht sie auf den noch anstehenden Tarifabschluss im Erzieherbereich ein und macht deutlich, dass diese Ausgaben durch Einsparungen kompensiert werden müssen.
Zu den Ausführungen von Stadtrat Zenner zur Immobilienwirtschaft führt sie an, dass mit der Gründung von Eigenbetrieben und Auslagerungen an die WbG in den vergangenen Jahren Synergien erzielt wurden. Beratungen mit Herrn Thiele und dem EigB GAV haben bereits stattgefunden. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den zu beachtenden steuerlichen Aspekt, wenn die WbG und ISB Leistungen erbringen. Diese Maßnahme wird das finanzielle Problem in der Größenordnung nicht lösen.

Zum VFC führt Frau Göbel aus, dass entsprechende Gelder in den Haushalt eingearbeitet wurden. Die weitere Entwicklung ist abzuwarten.

Zur Kulturumlage macht Frau Göbel deutlich, dass der Gesetzgeber den Städten die ihre Kreisfreiheit verloren haben mit der Neuregelung des Finanzausgleichgesetzes (FAG) eine adäquate Finanzausstattung für die Erfüllung der Aufgaben einer kreisangehörigen Gemeinde mit oberzentraler Funktion zur Verfügung stellt. Wir erhalten keinen finanziellen Ausgleich über das FAG für Aufgaben, die wir noch weiter freiwillig wahrnehmen (ÖPNV, Kulturumlage). Das Geld bekommt der Kreis und der wird durch unsere freiwillige Mitgliedschaft entlastet. Das sind Dinge, die wir uns durch eine effiziente Verwaltungsstruktur noch leisten konnten. Jetzt sind wir an einem Punkt, wo wir es nicht mehr leisten können - niedrigere Steuersätze als andere ehemalige kreisfreie Städte erheben und trotzdem noch freiwillige Leistungen weiter erbringen.
Frau Göbel bedankt sich für Alternativvorschläge.

Stadtrat Zabel merkt an, dass das Thema im Landtag nochmals angegangen werden sollte. Er weist darauf hin, dass andere vergleichbaren Städte und Kreise ihre Aufgaben anders geregelt haben als die Stadt Plauen.

Zum Thema Einkreisung bringt Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion erwartet, dass der Oberbürgermeister mehr mit dem Landrat ins Gespräch kommt und versucht eine Klärung herbeizuführen z. B. bezüglich des ÖPNV und der Abfallentsorgung.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion FDP/Initiative Plauen, sieht es als Interessenkonflikt, wenn Bürgermeister und Kreisräte über die Kreisumlage abstimmen. Sie verstoßen nach seiner Auffassung gegen die Interessen ihrer Stadt, auch wenn sie das Mandat innehaben.
Zum Vergleich der Städte Plauen/Zwickau sieht er Zwickau wirtschaftlich leistungsfähiger als Plauen und somit nicht vergleichbar. Es ist davon auszugehen, dass für die Firmen in Plauen die Erhöhung der Gewerbesteuer eine erhebliche Belastung darstellt.
Ein Vergleich der Gewerbesteuer mit Oelsnitz stellt auch einen Faktor bei der Ansiedlung dar.
Auch einen Blick nach Hof oder Oberfranken als Konkurrenten hält er für notwendig.
Für ihn stellt sich die Frage nach der Höhe des strukturellen Defizites und der Belastungen durch die freiwilligen Leistungen und Aufgaben.

Für Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, erinnert an den Theaterkompromiss der beinhaltet, dass in den nächsten 4 - 5 Jahren 60 Stellen abgebaut werden müssen. In der Verwaltung ist das undenkbar. Darin sieht er einen Widerspruch. Er sieht Möglichkeiten in der Strukturentwicklung, Arbeitszeitverkürzung der Mitarbeiter bei entsprechender Gehaltsabsenkung sowie Prüfung der Möglichkeit eines eventuellen Austrittes aus dem Kommunalen Arbeitsgeberverband.
Weiterhin weist er darauf hin, dass im Kulturausschuss um eine Analyse gebeten wurde, was ein Austritt aus dem Kulturraum der Stadt finanziell bringen würde.

Bürgermeister Täschner erklärt, dass die Antwort den Fraktionen in den nächsten Tagen zugehen wird.
Zur Teilzeitfrage informiert er, dass die Stadt zurzeit 643 Beschäftigte hat, abzüglich der Mitarbeiter, wo keine Stundenreduzierung erfolgen kann (Feuerwehr, Erzieherinnen, Schulsachbearbeiterinnen), verbleiben 332 Beschäftigte. Davon haben 122 schon freiwillig Teilzeitverträge abgeschlossen. Somit arbeiten ca. 2/3 der Beschäftigten in Vollzeit.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erwartet zur Anfrage „sozialer Stellenabbau“ von Oberbürgermeister Oberdorfer ein Personalentwicklungskonzept. Die genannte Größenordnung ist aus Sicht der Fraktion völlig unrealistisch.
Den Vergleich mit Zwickau bezüglich der Hebesätze hält er für durchaus angemessen.
Bei einem Vergleich mit Oelsnitz stellt sich ihm die Frage, was Oelsnitz für seine Einwohner leistet?
Weiterhin hätte er gern bis morgen eine Stellungnahme der Verwaltung zur Schnellanfrage - Fortsetzung des Grundlagenvertrages.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass die Beantwortung fertiggestellt ist. Zur Frage von Herrn Geisler merkt sie an, wenn keine Steuererhöhung gewollt ist, kann man nicht verlangen, dass Plauen den gleichen Zuschuss zahlt.
Der laufende Haushalt und der Ergebnishaushalt müssen ausgeglichen sein. Darüber hinaus ist die Tilgung zu erwirtschaften, was uns nicht gelingt. Wir haben nach Ausweis Planentwurf etwa 2 Mio. EUR Defizit, durch die 1 Mio. EUR Theater wären es 3 Mio. EUR - rein kameral betrachtet. Wenn man in der Doppik die Abschreibungserwirtschaftung noch hinzurechnet sieht es noch schlechter aus.

Zu den Kreisaufgaben merkt sie an, dass es eine Reihe von Aufgaben in Mischzuständigkeit gibt - Kultur fällt auch darunter. Nach dem Verlust der Kreisfreiheit zahlen wir alles selbst. Eine reine Kreisaufgabe wäre der ÖPNV, den die Stadt durch Gewinnabführung städtischer Unternehmen bezuschusst. Zur Mischzuständigkeit zählen weiterhin, Fahrdienst Schüler, Sozial- und Jugendbereich, Bauordnung und Denkmalschutz.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., spricht den Beitrag von Stadtrat Zabel - Diätensenkung - in der Freien Presse an. Er vertritt die Auffassung, dass bei Information der Bürger auch zur Höhe der Aufwandsentschädigung eine Aussage getroffen werden soll.

Stadtrat Zabel merkt an, dass er damit einen Deckungsvorschlag aufgezeigt hat.
Die Fraktion möchte keine 1,8 Mio. EUR Steuererhöhung, sondern wir sollten beantragen zu prüfen

- den Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband, um danach Stellen abzubauen oder
- eine Privatisierung des Kulturbetriebes, da der Zuschussbedarf anders ist und Personalkosten eingespart werden können.

Bürgermeister Täschner bringt zum Ausdruck, dass in den Fraktionen Einigkeit besteht den Personalabbau sozialverträglich zu gestalten. Seines Wissens sollen keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen.

Bürgermeister Täschner schließt den TOP – Diskussion zum Haushaltsplanentwurf.

3. Information
Frauenförderplan für die Verwaltung der Stadt Plauen
Drucksachennummer 097/2014

Frau Ott, FG Personal/Org., führt zum Inhalt der Verwaltungsvorlage aus.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, würde die Verwaltung auffordern, spezielle Fördermaßnahmen anzubieten, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.

Frau Ott nimmt die Anregung mit.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es im Vergleich zum Frauenförderplan 2001 eine positive Tendenz gibt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 097/2014 zur Kenntnis.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt von dem anliegenden Frauenförderplan für die

Verwaltung der Stadt Plauen Kenntnis.

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, regt eine Berichterstattung der Leiterin des Standesamtes im Verwaltungsausschuss an. Der schriftliche Antrag wird an den Sitzungsdienst weitergeleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, gebeten.

Plauen, den	Plauen, den
Uwe Täschner Bürgermeister	Wolfgang Hinz Stadtrat
Plauen, den 28.01.2015	Plauen, den
Winkler Schriftführer	Hansgünter Fleischer Stadtrat